

3.17 Kinder und Jugendliche

Der Arbeitsbereich „Kinder und Jugendliche“ entwickelte sich hinsichtlich seines Umfangs in den Jahren 2004/2005 im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig. Die agah war nicht mehr so stark gefordert und wurde ihrerseits kaum initiativ. Dies lag in erster Linie daran, dass der Themenkomplex „Kinder und Jugendliche“ nicht mehr als eigenständiges, singuläres Aufgabengebiet verstanden wurde, sondern sich auf andere Bereiche wie Schule, Bildung, Erziehung, Berufsausbildung etc. erstreckte. Insofern muss an dieser Stelle auch auf die Ausführungen unter o.g. Stichpunkten verwiesen werden. Umgekehrt bedeutete dies jedoch, dass die agah die anderen Themenfelder bezüglich ihrer Bedeutung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund genauestens analysierte.

Als Fazit für den Berichtszeitraum lässt sich sagen, dass seitens der Politik zwar einerseits enormer Handlungsbedarf gesehen wurde (was sich zum Beispiel an der erheblichen Ausweitung von Sprachförderangeboten zeigte), andererseits bestehende Benachteiligungen jedoch nicht beseitigt werden konnten. Ein Umstand, auf den die agah auch in den kommenden Jahren immer wieder hinweisen wird. Insbesondere dem sich auch 2004/2005 weiter selektiv entwickelnden hessischen Schulsystem kommt hier eine bremsende Funktion zu. Erfolge bei der Deutschsprachförderung in frühen Jahren „verpuffen“, wenn der weitere Bildungsweg keine Chancengleichheit bietet.

Im Herbst des Jahres 2005 griff die agah mit der Forderung nach einem kostenlosen Kindergartenbesuch ein Thema auf, das auch in der Politik kontrovers diskutiert wurde. Hintergrund war der Gedanke, finanzielle Hürden für einen Kindergartenbesuch zu beseitigen und es somit auch Kindern aus finanzschwachen Migrantenfamilien zu ermöglichen, diese wichtige vorschulische Einrichtung zu besuchen.

Ausgehend von einem Antrag des Ausländerbeirats Marburg, der auf der agah-Plenarsitzung am 18.06.2005 in Weilburg beschlossen wurde, wandte sich die agah zunächst an die Hessische Sozialministerin und an alle Landtagsfraktionen. Damit war die Bitte verbunden, sich für einen gebührenfreien Kindergartenbesuch in Hessen einzusetzen. Als nachahmenswertes Beispiel hierfür wurde auf Rheinland-Pfalz verwiesen. Dort werden die Kommunen durch den Wegfall der Kindergartenbeiträge

mit rund 25 Millionen Euro vom Land entlastet. Auf die mit Datum vom 11.10.2005 versendeten Briefe lagen bis Ende Oktober 2005 alle Antworten vor. Von Zustimmung (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) bis Ablehnung (CDU, Sozialministerium) reichte das Spektrum der Antworten. Der Ausländerbeirat Marburg wurde über den Fortgang seiner Initiative dabei stets auf dem Laufenden gehalten. Da die Antwortschreiben auch den Hinweis enthielten, dass es den Kommunen freistehen würde, in Eigenregie entsprechende Regelungen zu treffen, forderte die agah mit Rundbrief vom 07.12.2005 alle Mitgliedsausländerbeiräte auf, entsprechend vor Ort aktiv zu werden. Zu Redaktionsschluss lagen hierüber jedoch noch keine Rückmeldungen vor.



3.17.1 Interkulturelle Erziehung

Die gesellschaftliche Realität ist in Hessen (und anderswo) u.a. davon geprägt, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und religiöser Präferenz in unserem Bundesland leben. Damit einher geht eine kulturelle Vielfalt in fast allen Lebensbereichen, die das Zusammenleben interessant und spannend macht. Dass dies nicht immer unproblematisch ist, soll an dieser Stelle selbstverständlich nicht verschwiegen werden. Für die agah überwiegen jedoch eindeutig die positiven

Aspekte des „multikulturellen Miteinanders“ und insofern ist es konsequent und berechtigt, wenn sich die agah auch in den Jahren 2004 und 2005 für interkulturelle Erziehung bzw. interkulturelles Lernen oder für eine interkulturelle Öffnung (in der Arbeitswelt) stark gemacht hat.

Hintergrund für entsprechende Aktivitäten waren u.a. wissenschaftliche Erkenntnisse zur Bedeutung der Interkulturalität und die Annahme, dass interkulturelle Erziehung in der Schule präventiven Nutzen in der Zukunft entfaltet. Aber gerade die interkulturelle Erziehung in Kindergarten und Schule setzt voraus, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer über entsprechendes Fachwissen verfügen. Für die agah ergab sich hieraus die logische Schlussfolgerung, sich ebenso dafür einzusetzen, dass interkulturelle Erziehung integraler Bestandteil der entsprechenden Ausbildungsgänge wird (vgl. Kapitel 3.15.4). Außerdem sollten bestehende Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote um diesen Aspekt erweitert werden. Das damit verbundene Engagement reichte über den Zeitraum des Berichts hinaus.

Die 2003 begonnene Kooperation mit dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Inbas GmbH, Offenbach) und der JVA-Wiesbaden, wurde fortgeführt. Am 20.03.2004 nahmen agah-Vertreter an einem Workshop mit dem etwas sperrigen Titel „Rolle der Ausländerbeiräte und Migrantenorganisationen in der Arbeit für die Bekämpfung der Jugendkriminalität von jungen Migranten“ teil. Hier fungierte die agah außerdem als Mitveranstalterin.

3.17.2 Landesjugendhilfeausschuss

Seit 1993 ist die agah als beratendes Mitglied mit einem Sitz im Landesjugendhilfeausschuss vertreten. Die Einrichtung der Landesjugendhilfeausschüsse ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Der Landesjugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit

- ◆ der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe
- ◆ der Jugendhilfeplanung
- ◆ der Förderung der freien Jugendhilfe

- ◆ der Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen sowie dem Abbau der Benachteiligung von Mädchen
- ◆ der Förderung ausländischer Menschen und
- ◆ der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher.

Er beschließt in grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe und erstellt fachliche Richtlinien und Empfehlungen. Er ist an die Vorgaben der für die einzelnen Bereiche zur Verfügung gestellten Mittel gebunden. Die Amtszeit des Landesjugendhilfeausschusses entspricht der Wahlperiode des Hessischen Landtags.

Vollversammlungen fanden im Berichtszeitraum wie folgt statt:

2004: 05.07., 06.09., 08.11.

2005: 14.03., 04.07., 26.09.

Als Vertreter der agah waren Julius Gomes und Stefan Zelder als beratende, nicht-stimmberechtigte Mitglieder benannt.

Im Berichtszeitraum standen oftmals organisatorische Fragen zur Beratung an. Daneben wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- ◆ Hessischer Bildungs- und Erziehungsplan „Von Anfang an“
- ◆ Integration des Landesjugendamtes in das Hessische Sozialministerium
- ◆ Gewalt gegen Kinder/Häusliche Gewalt
- ◆ Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)
- ◆ Auswirkungen von Hartz IV auf Kinder und Jugendliche
- ◆ Bildungsplanung
- ◆ Ausbildung von Sozialassistenten
- ◆ Freiwilliges Soziales Jahr
- ◆ Internationale Jugendarbeit in Hessen
- ◆ Freiwilligendienste
- ◆ Aufbau einer systematischen Landes-Sozialberichterstattung für Hessen.